

Sitzungsbericht der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2024

Der Sitzungssaal im Rathaus platzte aus allen Nähten. Die spannenden Themen der Tagesordnung sorgten für reges Interesse unter den Zuhörern. Im Rahmen der Bürgerfragerunde äußerten sich verschiedene Bürger kontrovers zum Thema Nahwärme. So wurde einerseits für die Unterstützung der Wärme-GmbH bei der



Umsetzung des Nahwärmeprojektes plädiert, andererseits wurden Bedenken, was die Standortfrage des Heizhauses betrifft, vorgetragen.

In Sachen Lärmentwicklung Kunstrasenplatz kam der Wunsch nach einem runden Tisch mit den betroffenen Bürgern auf.

Eindeutig war die Antwort auf die Frage weiterer Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Sportplatzkurve, über welche die Gemeinde keine Entscheidungsbefugnis hat und trotz mehrmaligem Aufzeigen von Gefahrenquellen an dieser Stelle lediglich, jedoch immerhin, ein Tempo 80 erreichen konnte.

Wasserhochbehälter an der Chaussee wird neu gebaut – Gemeinde erhält 80 % Förderung

Dass der alte Wasserhochbehälter Chausseehaus zusammen mit dem Hochbehälter Kapf eine sehr wichtige und zentrale Rolle in dem Wasserversorgungsnetz der Gemeinde Egenhausen spielt und nach 130 Jahren nun dringend Sanierungsbedarf besteht, ist für Bürgermeister Sven Holder zweifelsohne. Aus diesem Grund hat es sich mehr als gelohnt, dass die Verwaltungsspitze nach insgesamt vier gestellten



Förderanträgen auch zudem noch persönlich beim Regierungspräsidium in Karlsruhe vorsprach, um dann letztendlich eine Förderung für den Neubau des Wasserhochbehälters Chausseehaus in Höhe von 687.000 €, was ca. 80 % der Investitionskosten entspricht, zu erhalten. Auch die Mitglieder am Ratstisch freuten sich über die hohe Fördersumme, die sich positiv auf den Wasserpreis auswirken

wird und dadurch wiederum allen Bürgerinnen und Bürgern in Egenhausen zugute kommt.

Laut Zuwendungsbescheid soll das Projekt spätestens im Frühjahr 2025 vergeben und daher möglichst bald ausgeschrieben werden.

Für den Hochbehälter Kapf soll ebenfalls eine Förderung erzielt werden. Dieser Antrag befindet sich derzeit noch in der Warteschleife.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Erteilung des Einvernehmens zum Baugesuch „Neubau der Hochbehälter Chausseehaus und Kapf“ sowie die Zustimmung zur Baumaßnahme zum Neubau des Wasserhochbehälters Chausseehaus und die Freigabe der Ausschreibung für dieses Projekt.

Grundversorgung in Egenhausen weiterhin gesichert

Darüber freute sich Bürgermeister Sven Holder ganz besonders. Die Gemeinde Egenhausen ist mit ihrer vorhandenen Infrastruktur bereits sehr gut aufgestellt und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Zur Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Nahversorgung trägt hier der Bau eines Lebensmittelmarktes am südwestlichen Ortseingang südlich der Freudenstädter Straße bei. Bürgermeister Holder erklärte, „das sei wie ein 6er im Lotto“. Zwar bedauerte er auch, dass das langfristige Fortbestehen des Nahkauf-Marktes in der Ortsmitte wohl irgendwann ein Ende haben wird, doch bis dahin gilt es den Nahkauf-Markt in der Ortsmitte so lange wie möglich zu unterstützen, so seine Bitte an die Bevölkerung. Das wurde auch mit einem Appell aus dem Gemeinderat an die Bürgerschaft deutlich, jedoch müsse man die langfristige Nahversorgung ebenso sichern. Aus diesem Grund soll nun zur Ermöglichung des Neubaus eines Lebensmittelmarktes an der Freudenstädter Straße die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens erfolgen.

Bürgermeister Sven Holder wies darauf hin, dass das Plangebiet eine Fläche von 0,68 ha umfasst und am Rand einer größeren Waldfläche südlich der Freudenstädter Straße liege. Für die Umsetzung der Planung ist daher parallel zum Bebauungsplanverfahren ein Waldumwandlungsverfahren erforderlich, welches bereits eingeleitet wurde.

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Lebensmittelmarkt südlich Freudenstädter Straße“ und die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurden einstimmig beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Grundsteuer-Kuchen bleibt gleich, dennoch Verschiebungen

Der Gemeinderat hat die neuen Hebesätze für die Grundsteuer für das Jahr 2025 beschlossen. Dies wurde durch die Grundsteuerreform erforderlich, nach welcher sämtliche Grundstücke vom Finanzamt neu bewertet worden waren. Eine Steuererhöhung im Zuge der Reform wollte man in Egenhausen vermeiden, weshalb

die neuen Hebesätze aufgrund des bisherigen Steueraufkommens hochgerechnet wurden. Das heißt, der gesamte Kuchen „Grundsteuer“ bleibt für die Gemeinde gleich groß, jedoch wie groß die einzelnen Kuchenstücke für den einzelnen Grundstückseigentümer sind, wird sich durch die Reform zwangsläufig ändern. Konsequenz der neuen Bewertung in Baden-Württemberg ist, dass große Grundstücke mit z.B. Einfamilienhäuser künftig mehr und dicht bebaute Grundstücke mit z.B. Mehrfamilienhäuser weniger bezahlen. Die aufkommensneutralen Hebesätze von 250 % für die Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) und 370 % für die Grundsteuer A (landwirtschaftliche Grundstücke) gelten zunächst nur für das Jahr 2025 und müssen im darauffolgenden Jahr überprüft und evtl. angepasst werden.

Grundsteueraufkommen vorher:



Messbeträge x Hebesatz 300% = rd. 238.000 €

Grundsteueraufkommen nach Reform:



Messbeträge ? x Hebesatz XYZ% = rd. 238.000 €

Weniger Wasserverbrauch, höhere Kosten

Die Kosten im Wasser- und Abwasserbereich sind zwar gegenüber dem Vorjahr nicht ganz so stark angestiegen, dennoch gibt es leichte Kostenerhöhungen. Die neuen Kalkulationen der Wasser- und Abwassergebühren werden jedoch vor allem davon beeinflusst, dass der Wasserverbrauch gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen ist. So ging z.B. die abgenommene Frischwassermenge von 96.000 cbm im Jahr 2020 auf 85.000 cbm im Jahr 2023 zurück. Höhere Kosten geteilt durch einen kleineren Teiler ergibt zwangsläufig einen höheren Wasserpreis. Zugunsten der Gebührenzahler wurde in der Kalkulation mit einem Durchschnittswert der letzten vier Jahre gerechnet. Wenn der Verbrauch aber auch in den nächsten Jahren so niedrig bleibt, müssen die Gebühren entsprechend weiter steigen, um die Kosten decken zu können.

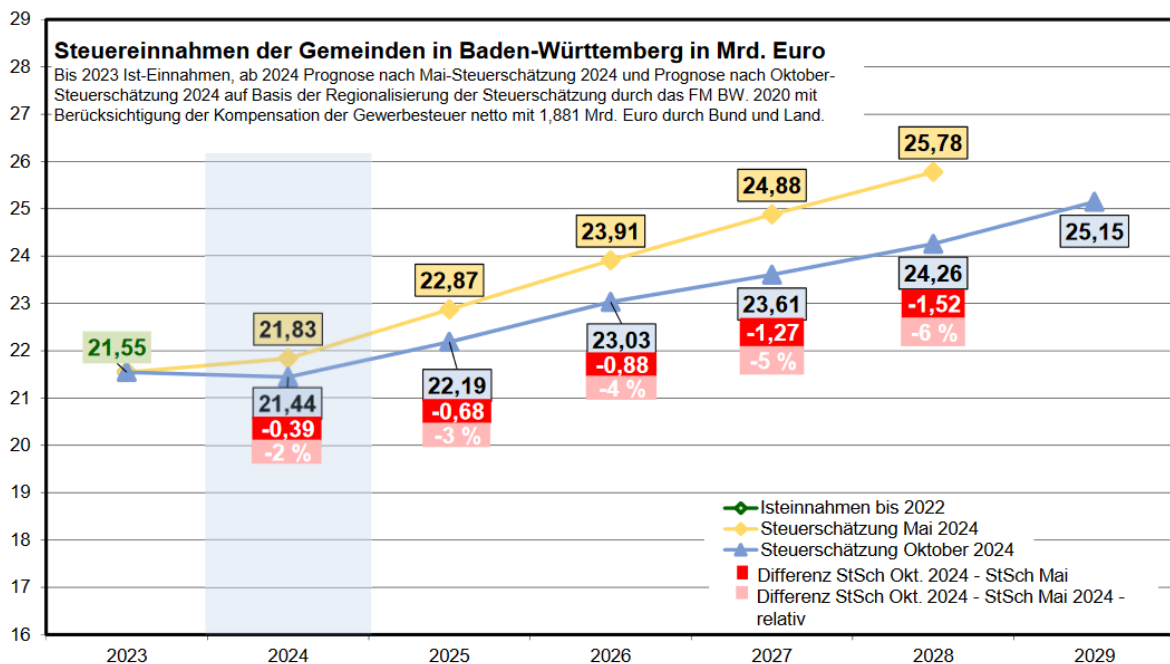


Beim Schmutzwasser ergibt die Berechnung 240.887 € Gesamtkosten, geteilt durch 83.000 cbm Abwassermenge, ist gleich die neue Gebühr von 2,90 € pro cbm (bisher 2,83 € pro cbm). Beim Frischwasser sind es Gesamtkosten von 290.766 €, geteilt durch 91.000 cbm Wasser, ergibt die neue Gebühr von 3,19 € pro cbm (bisher 3,05 € pro cbm). Auf die Umlage der Kostenunterdeckungen aus Vorjahren wird verzichtet. Die

Preisanpassung mit plus 3,6 % bleibt somit für den Gebührenzahler ziemlich moderat und sorgt lediglich dafür, dass das Gebührenaufkommen in Summe etwa gleich bleibt und nicht abnimmt.

Solider Haushalt in schwierigeren Zeiten

„Auch unter schwierigen Rahmenbedingungen können wir heute termingerecht einen soliden Haushalt einbringen“, führte Gemeindegamrmer Daniel Merkle seine Ausführungen zum Haushaltsplan 2025 ein. Während die Bundesregierung für das nächste Jahr wieder ein Wirtschaftswachstum erwartet, sieht die Landesbank Baden-Württemberg in unserem Land anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgrund unserer starken industriellen Prägung und Exportorientierung. Diese gemischt positiv-negativen Nachrichten aus der Wirtschaft machen die Haushaltsplanung unsicher. Auch die Steuerschätzer prognostizieren für die Gemeinden in Baden-Württemberg 3 % weniger Steuereinnahmen als noch bei der letzten Schätzung.



Bezogen auf Egenhausen muss mit rd. 78.000 € weniger aus dem kommunalen Finanzausgleich als im Vorjahr gerechnet werden. Insgesamt werden voraussichtlich 1,435 Mio. € netto aus dem Finanzausgleich bei der Gemeinde verbleiben. Eine Unsicherheit dabei ist noch die Kreisumlage, welche eigentlich bei 38 % Hebesatz bleiben sollte, ein Anstieg aber wahrscheinlicher ist. Herr Merkle verdeutlichte, dass er hier eine Sicherheit eingerechnet hat.

Ausgeglichener Haushalt

Mit + 5.000 € schließt der Ergebnishaushalt noch knapp positiv ab, was aufgrund der schlechten Vorzeichen doch eine einigermaßen positive Überraschung ist. Der Haushalt ist somit ausgeglichen und nachhaltig. Der Blick auf die nächsten Jahre lässt zwar kein erneutes positives Ergebnis erwarten, aber das Defizit wäre – wenn es so bleibt – in den

nächsten Jahren doch sehr überschaubar und ließe sich durch Einsparungen und Gebühren- bzw. Steueranpassungen nach jetzigem Stand voraussichtlich ausgleichen.



Für Investitionen sind im Haushalt 2025 insgesamt 3,361 Mio. € eingeplant. Das sind zwar weniger als im Vorjahr, aber tatsächlich wurde in diesem Jahr 2024 relativ wenig investiert, weil sich der Start der ursprünglich geplanten Maßnahmen aus den unterschiedlichsten Gründen verzögert hat. Im nächsten Jahr kann es nun mit einigen

Maßnahmen endlich losgehen, wie z.B. Entwicklung des Grundschulgebäudes, Neubau Wasserhochbehälter oder Erschließung Wolf-Areal. Außerdem soll mit der Planung eines neuen Feuerwehrgebäudes begonnen werden.

Finanzierung der Investitionen gesichert

Die Finanzierung der eingeplanten Investitionen ist für die Gemeinde kein Problem, da genügend Geld dafür angespart worden ist. Außerdem können hohe Zuschusssummen generiert werden. Alle im Investitionsprogramm eingestellten Investitionen bis 2027 können ohne weitere Darlehensaufnahme mit eigenen Geldern und Zuschussmitteln finanziert werden, wodurch ein erheblicher Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger geschaffen wird.



Dem Gemeinderat war es wichtig darauf hinzuweisen, dass aufgrund der schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage nicht jedes wünschenswerte Projekt umgesetzt werden kann und hier Prioritäten gesetzt werden müssen. Jede Investition sollte auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Außerdem sollte vermehrt auf Kostendeckung von einzelnen Leistungen, zum Beispiel auch beim Tourismus, geachtet werden. Bürgermeister Holder betonte, dass man auch in der Vergangenheit mit Maß und Ziel vorgegangen sei und dies auch für die kommenden Projekte gelte. Man könne jedoch nicht einfach hinnehmen, nur hohe Summen an den Kreishaushalt abdrücken zu müssen, sondern habe nun mit den anstehenden Maßnahmen die Gelegenheit, auch etwas für unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu schaffen.

Die Öffnungszeiten der Rathausverwaltung werden zum 01.01.2025 angepasst

Das beschloss der Gemeinderat auf Wunsch der Rathausverwaltung. Konkret sollen die derzeitigen Öffnungszeiten reduziert und damit das Rathaus an einem Vormittag und einem Nachmittag geschlossen werden. Weniger Öffnungszeiten sollen dazu führen, die Aufgaben konzentrierter und effizienter erledigen zu können. Dies sei schon lange

keine Ausnahme mehr. Viele umliegende Rathäuser haben nur noch einen einzigen Nachmittag geöffnet. Die telefonische Erreichbarkeit sowie individuelle Terminvereinbarungen sollen selbstverständlich auch an den geschlossenen Tagen weiterhin gewährleistet und möglich sein. Ebenso steht der digitale Bürgerservice rund um die Uhr zu Verfügung und soll auch nach und nach erweitert werden.

Zur **Vergabe der Architektenleistungen in Sachen Entwicklung, Sanierung und Erweiterung des Schulgebäudes** gab es Anfang November eine Vergabesitzung, bei dem sich die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs der europaweiten Ausschreibung ausgelosten Bewerber dem Auswahlgremium vorstellten. Den Zuschlag für die Gebäudeplanungsleistungen ab der Entwurfsplanung ging an das bürohauser, welches das Gremium mit einer alternativen und gut durchdachten Entwurfsplanung überzeugte und zudem noch das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hatte. Der Zuschlag für die Fachplanung Tragwerksplanung ging an das Büro BEWK Ingenieure GmbH & Co. KG aus Ostfildern. Den Zuschlag für die Fachplanung Heizung/Sanitär erhielt das Ing.-Büro für Gebäudetechnik Franz aus Nagold aufgrund des wirtschaftlichsten Angebots und der Zuschlag für die Fachplanung Elektro ging an das Büro Remstal Elektroplanung GmbH aus Iggingen.

Gemeinderat möchte Gebäude nicht an Nahwärme anschließen

Nach intensiver Beratung und leidenschaftlicher Diskussion konnte sich der Gemeinderat nicht dazu durchringen, die Gebäude der Gemeinde an das geplante Nahwärmenetz der Egenhausen-Wärme-GmbH anzuschließen. Damit ist das Nahwärmeprojekt – zumindest in der geplanten Form – wohl nicht umsetzbar.



Zu Beginn blickte Bürgermeister Sven Holder nochmals zurück, wie es zu dem Nahwärmeprojekt gekommen ist. Anlass war, dass einige Heizungen in Gemeinde-Gebäuden vor dem Austausch stehen und alle immer noch mit Heizöl beheizt werden. Daher habe man sich Gedanken, über ökologisch nachhaltige, aber auch wirtschaftliche Alternativen gemacht. Nach dem Vorbild der Wärmenetze in Altensteig und Pfalzgrafenweiler war die Idee, auch in Egenhausen eine eigene Wärmeversorgung aus regional erzeugten Brennstoffen aufzubauen. Ein Gutachten hat im Jahr 2022 jedoch ergeben, dass ein Wärmenetz allein für die Gemeinde-Gebäude nicht wirtschaftlich ist, sondern zusätzlich private Gebäude benötigt würden. Im Zuge des Glasfaserausbaus wurden Synergieeffekte gesehen, parallel dazu ein Wärmenetz aufzubauen. Somit hat sich im März 2023 die private Wärme-GmbH mit drei Gesellschaftern aus Egenhausen gegründet. Die Gemeinde hat das Projekt von Anfang an begrüßt und begleitet; ein

hoher Bundeszuschuss konnte generiert werden. Im Laufe der Zeit haben sich jedoch einige Hürden ergeben, wie zum Beispiel der Standort des Heizhauses, die Wirtschaftlichkeit und das Mitbestimmungsrecht der Gemeinde. Im Februar 2024 hat der Gemeinderat daher der Wärme-GmbH einige Bedingungen gestellt, wie zum Beispiel Prüfung der Wirtschaftlichkeit von unabhängigen externen Gutachtern sowie Preisvorstellungen und Mitbestimmungsrecht der Gemeinde im Falle einer Veräußerung des Wärmenetzes. Die von der Gemeinde beauftragten Wirtschaftlichkeitsgutachten der externen Gutachter lagen nun vor und sprechen sich unabhängig voneinander für das Nahwärmeprojekt aus. Alle Bedingungen des Gemeinderats seien nun erfüllt, so dass jetzt entschieden werden kann. Bürgermeister Holder war zudem wichtig zu betonen, dass ein solches Projekt nur in einem gemeinsamen Miteinander gelingen kann und ein gemeinsamer Lösungsweg dafür nun auf dem Tisch liege.

Wirtschaftlichkeitsgutachten haben Nahwärmeanschluss empfohlen

Zuerst trug Herr Matthias Kühn, unabhängiger Wirtschaftsprüfer aus Bad Liebenzell, sein Gutachten über die Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojekts vor. Die Finanzierung des Nahwärmeprojekts sei über das Eigenkapital der Gesellschafter, stille Einlagen von Bürgern, die Bundesförderung sowie ein Bankdarlehen gesichert. Das laufende Betriebsergebnis würde nach der Investition in das Wärmenetz eigentlich recht schnell positiv werden. Jedoch drücken die hohen Zinsaufwendungen das Ergebnis nach unten, so dass erst ab 2032 mit nachhaltig positiven Ergebnissen zu rechnen ist. Jedoch ist die Rentabilität und Wirtschaftlichkeit des Projekts nachgewiesen. „Das Investitionsvorhaben der Egenhausen Wärme GmbH ist gut durchdacht und zeigt sich sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung als tragfähig und zukunftsorientiert“, fasste Herr Kühn seine Beurteilung zusammen. Er machte jedoch deutlich, dass das Projekt ohne einen Anschluss der Gemeinde-Gebäude in dieser Form nicht wirtschaftlich wäre.

Herr Philipp Hein vom Ingenieurbüro Liepelt aus Baiersbronn empfahl aus wirtschaftlicher Sicht der Gemeinde Egenhausen ebenfalls einen Anschluss an das Nahwärmenetz. In seinem Wirtschaftlichkeitsvergleich stellte er einen Anschluss von sechs Gemeinde-Gebäuden an das Nahwärmenetz mit einem jeweiligen Einbau einer Pelletsheizung sowie einer bivalenten Heizanlage mit Wärmepumpe und Öl gegenüber. Die Nahwärmeheizungen zeigen sich nach dem Preisvergleich als die eindeutig günstigste Alternative, zumal hier aufgrund des Vertragsverhältnisses eine gewisse Preissicherheit herrsche, während man bei anderen Brennstoffen die Preisentwicklung weniger in der Hand habe. Selbst wenn nicht alle kommunalen Gebäude sofort angeschlossen werden, wäre die Nahwärme günstiger als die anderen Varianten.

Herr Stefan Tittl gestand für die Egenhausen-Wärme-GmbH Fehler in der Projektentwicklung ein und bedauerte deren Entscheidung im Sommer, ohne

Abprache mit der Leitungsverlegung begonnen zu haben. Er appellierte daran, den Weg nun miteinander zu gehen und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Gemeinde ihre Gebäude anschlieÙt, auch wenn es zunächst evtl. nur drei oder vier Gebäude wären. Die Nahwärme garantiere eine Warmerversorgung aus regional erzeugten, ökologischen Brennstoffen, wo man die Preisentwicklung selber in der Hand habe.

Gemeinderat bleibt skeptisch und bezweifelt Wirtschaftlichkeit

Gemeinderat Waßilowski verlas daraufhin eine „gemeinsame Stellungnahme des Gemeinderats“ zum Anschluss der kommunalen Gebäude an das Nahwärmenetz. Er sagte, dass sich der Gemeinderat die Entscheidung nicht leicht gemacht habe und wichtig sei, die Beweggründe für die Entscheidung ohne Schuldzuweisung offen darzustellen. Er bedauerte, dass sich der Gemeinderat vielleicht in der Vergangenheit zu gutgläubig dem Wunschgedanken eines Nahwärmenetzes hingeeben habe. Die Wirtschaftlichkeit hält er trotz Untersuchung des Ingenieurbüros Liepelt für nicht gegeben, da in diesem Gutachten Durchschnittspreise und keine tagesaktuellen Preise zugrunde gelegt worden sind, wie vom Gemeinderat gefordert. Die Berechnungen würden den Eindruck erwecken, andere Heizungs-Alternativen schlechter darzustellen als sie sind, nur um der Nahwärme den Vorzug zu geben. Gegenüber der heutigen Warmerversorgung mit Heizöl würde ein Nahwarmebezug erheblich höhere Kosten verursachen. AuÙerdem sei nicht tragbar, dass intakte Heizkessel, wie in der Silberdistelhalle, bereits jetzt umgestellt werden sollen. Unter dem Gesichtspunkt der schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage müsse man sich auf die Pflichtaufgaben konzentrieren und sich Gedanken machen, was wir uns leisten können und was nicht. Er machte deutlich, dass der beste Weg eine Sanierung der Bestandsgebäude mit Senkung des Energieverbrauchs war, da jede Kilowattstunde, die nicht erzeugt werden muss, die erneuerbarste Energie von allen ist. Die Errichtung von eigenen Photovoltaikanlagen erlaube eine Eigenversorgung von Wärme mit zukunfts-offener Technik. Die Zukunft der Gebäudetechnik gehöre der Sektorenkopplung, das heiÙt Stromnetz, Warmerversorgung und Mobilität müssten gemeinsam in Gebäuden und Quartieren gedacht werden. Die Struktur in Egenhausen sei anders als in Glatten oder Pfalzgrafenweiler, da ein WarmegroÙabnehmer für die Nahwärme fehle. Ein Anschluss an die Nahwärme sei eine langfristige Entscheidung; die vorgelegten fixen Preisgleitklauseln bedeuteten stetig steigende Wärmekosten ohne einen Kostendeckel. Als Gemeinde Egenhausen wäre man bisher mit Unabhängigkeit und Eigenständigkeit sehr gut gefahren, und diese Freiheit will sich der Gemeinderat auch beim Thema Wärmeerzeugung in Zukunft offen halten. Zum Thema Standort Heizhaus wies er noch darauf hin, dass die Position des Gemeinderats zum Standort Spielberger StraÙe bekannt und unverändert ist; für mögliche Alternativstandorte im Gewerbegebiet Hub oder beim Dreiwasenhof wäre man aber offen, wobei der Hub favorisiert werden würde.

Bürgermeister Holder versteht die Welt nicht mehr und fragt sich, warum der Gemeinderat die Verwaltung über Monate hinweg mit Arbeitsaufträgen betraut hat und letztendlich auch die Gutachten in Auftrag gegeben hat. Die Sachlage habe sich im letzten halben Jahr nicht verändert, und wenn man das Projekt bzw. einen Anschluss an das Nahwärmenetz schlichtweg nicht wolle, wäre es fair und richtig gewesen, es spätestens im Frühjahr 2024 abzulehnen, damit die GmbH-Vertreter und auch unsere Bürgerschaft Klarheit gehabt hätten.

In verschiedenen Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums wurden die Beweggründe erläutert und diskutiert sowie auf die verletzte gemeinsame Stellungnahme eingegangen. Als Erklärung, warum der Gemeinderat erst jetzt zu der Erkenntnis gekommen sei, einen Anschluss an das Nahwärmenetz abzulehnen, wurde genannt, dass das neu zusammen gesetzte Gremium mit ihrem Knowhow dazu beigetragen hätte. Zudem ist aus Sicht der Gemeinderäte bis heute die Standortfrage des Heizhauses nicht geklärt. Gemeinderätin Köhler entschuldigte sich dann auch dafür, dass man bisher den Fehler gemacht habe, die Nutzbarkeit der bestehenden Heizungen nicht zu berücksichtigen und somit früher zu entscheiden. Jedoch sei die Weiternutzung der bestehenden Anlagen die ökologischste Variante.

Gemeinderat Kern erklärte, dass die vorgelesenen Ausführungen nicht seine Meinung widerspiegeln. Er stellte die Seriösität und Unabhängigkeit der anwesenden Gutachter nicht in Frage und betonte, dass die Gemeinde von Anfang an bei dem Projekt dabei gewesen sei und es trotz der geschehenen Unsäglichkeiten jetzt nicht fair sei, einfach auszusteigen. Er sei bei der Argumentation dabei, dass intakte Heizanlagen nicht einfach entsorgt werden sollten, aber da wo ein Anschluss wirtschaftlich sinnvoll möglich sei, sollte er erfolgen. Dies sei lediglich bei drei Gebäuden Rathaus, Feuerwehrgebäude und altes Schulhaus der Fall. Er formulierte daraufhin einen Beschlussantrag, der als Kompromisslösung das Projekt retten sollte, aber die Argumente der Skeptiker weitreichend berücksichtigt.

Bürgermeister Holder war es wichtig zu betonen, dass die Silberdistelhalle in dem Projekt als größter Wärmeabnehmer eine wichtige Rolle spielt und die Heizung nicht entsorgt werde, sondern als Spitzenlastkessel für das Nahwärmenetz weiter zur Verfügung stehen würde. Unter der Voraussetzung, dass die GmbH einen angemessenen Preis dafür an die Gemeinde zahlt, stellte er daraufhin, einen entsprechenden weitergehenden Beschlussantrag zur Abstimmung, vier Gebäude der Gemeinde an das Nahwärmenetz anzuschließen. Dieser Antrag bekam lediglich die Fürstimme des Bürgermeisters, die Gemeinderäte haben mit Nein gestimmt.

Anschließend wurde über den modifizierten Antrag von Gemeinderat Kern abgestimmt, lediglich drei Gebäude der Gemeinde anzuschließen, der bei 3 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt wurde.

Einstimmig wurde dann beschlossen, dass der Wunschstandort der Gemeinde für ein Heizhaus im Gewerbegebiet Hub wäre sowie dass dem Gestattungsvertrag mit der Wärme-GmbH, Leitungen auf öffentlicher Fläche zu verlegen, zugestimmt wird. Auch eine Sperrminorität an der GmbH will sich die Gemeinde laut weiterem Beschluss einräumen lassen, um ein Mitbestimmungsrecht an grundlegenden GmbH-Entscheidungen zu haben. Für Bürgermeister Holder machte dies nach der Ablehnung des Anschlusses aber keinen Sinn mehr und hielt dies für obsolet. Es bleibt nach dieser Entscheidung des Gemeinderats sehr fraglich, ob und wie die Egenhausen-Wärme-GmbH ohne die Gemeinde überhaupt noch wirtschaftlich ein Nahwärmenetz in der Gemeinde aufbauen kann.

Zu den zwei vorliegenden **Bauvorhaben** Anbau eines Balkons und Wohnraum im Obergeschoss sowie Wohnhausneubau mit Doppelgarage erteilte das Gremium sein Einvernehmen.

Zu guter Letzt wurde aus der Mitte des Gremiums unter anderem noch die **Beleuchtung** des neuen „**Bauhof-Schriftzugs**“ angesprochen, gegen die sich der Gemeinderat seinerzeit aus Kostengründen entschieden hat. Lediglich das Gemeindewappen wurde mit einer Beleuchtung versehen.

Die „**Augenblicktafel**“ auf dem Aussichtspunkt Kapf wird bereits in den nächsten Wochen erneuert. Ferner wird ein gemeinsames Treffen mit dem Kirchengemeinderat und dem Gemeinderat bezüglich der weiteren Vorgehensweise in Sachen „Gemeindehaus“ gewünscht. BM Holder wird hierzu mit Pfarrer Holland Kontakt aufnehmen, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

Bürgermeister Sven Holder informierte über die derzeitigen **Wegearbeiten** der Fa. Rath **beim Kapf/Denzweg**, die notwendigerweise um ein paar Meter in Richtung Panoramaweg verlängert werden sollen. Diese Mehrlänge bringt Kosten in Höhe von etwa 30.000 € (brutto) mit sich, welche im Haushaltsplan vorgesehen und dann mit dem Zuschuss abgerechnet werden.

Abschließend gibt der Vorsitzende noch bekannt, dass die Verwaltung vor wenigen Tagen eine Nachricht mit verkehrsrechtlicher Anordnung von der Straßenverkehrsbehörde erhalten hat, dass zeitnah die **Rechts-vor-Links-Regelung auf der Ortsdurchfahrt L 352** durch eine Vorfahrtstraße ersetzt werden soll. Die Art und Weise der Vorabkommunikation bzw. Beteiligung der Gemeinde war schlichtweg nicht vorhanden und daher sehr unglücklich. Es wird auf eine rechtswidrige Situation sowie die entsprechende Rechtsgrundlage sowie Gründe der Gefahrenlage und der Verkehrssicherheit hingewiesen, so die Begründung.